

Aus dem Wörterbuch des Gutmenschen: Diversity

In der Rangliste der Premium-Modelle unter den Phrasen-Dreschmaschinen steht neben Nachhaltigkeit seit einigen Jahren Diversity ganz oben. Der Begriff ist schon per se eine grobe Mogelpackung, Diversity täuscht Multi-Kulti vor und hat doch nur ein einziges Ziel und einen einzigen Inhalt: die Durchsetzung der Frauenquote. Okay, vielleicht nicht ganz. Die Installierung von Toilettenanlagen für das dritte und vierte Geschlecht erfordert ebenfalls noch volle Aufmerksamkeit und den Einsatz von Experten.

(Von Peter Schmidt, im Original erschienen auf deutscherarbeitgeberverband.de)

In einfachem Deutsch jedenfalls meint Diversity: Vielfalt. Nun ist Vielfalt ein besonders schönes Wort, es erinnert an wilde Blumenwiesen, Schmetterlinge, orientalische Märkte und das Warenangebot bei Carrefour. All das also, was sich frei entfalten darf. Deshalb ist Vielfalt auch nur dort denkbar, wo es Freiheit gibt.

Nun ist aber gerade Freiheit das, was der Gutmensch, zu dessen Neusprech auch Diversity gehört, am wenigsten ertragen kann. Das Mann und Frau nicht gleich sind und sogar unterschiedliche Lebensentwürfe haben können, ganz individuelle Wünsche und Neigungen, mag er nicht hinnehmen. Wie alle Totalitaristen schwebt ihm ein „neuer Mensch“ vor, geschlechtsneutral und vegan, der höchstens noch durch Atmen auf das Weltklima Einfluss nimmt. Dieses „geschlechtergerechte“ Umerziehungsprogramm hat er dann Diversity getauft.

Ein Anglizismus ist immer das Mittel der Wahl, wenn Inhaltsleere und Gedankenarmut gut kaschiert sein sollen. Diversity ist in etwa so sexy wie ein betonierter Paradeplatz

vor dem Kreml und die Warenauslage in einer kommunistischen Ausgabestelle. Das wiederum ist kein Zufall, denn Diversity kann im Gegensatz zur Vielfalt nur dort existieren, wo es keine Freiheit mehr gibt. Damit das auch so bleibt, hat der Gutmensch Tausende von Kontrollstellen und Überwachungsstationen eingerichtet, um die Durchsetzung von Diversity zu sichern. Diese Überwachungsstationen haben dann so schöne Namen wie Competence Center Diversity, weil auch überwachen gelernt sein will und ohne Kompetenzen eine eher stümperhafte Umsetzung droht. Und all dies sorgt dann, wie es zum Beispiel bei der Telekom so euphemistisch heißt, für ein „Klima der Offenheit“.

Der Fundus namhafter Spezialisten für Gehirnwäsche, aus dem sich der Gutmensch bedienen kann, ist bekanntlich unerschöpflich. Nehmen wir zum Beispiel den Gründer der Scientology, Ron Hubbard: „Der Trick ist: Worte sind zu redefinieren, bis sie zum Vorteil des Propagandisten etwas anderes bedeuten“.

Dementsprechend hat die Scientology-Sekte auch ihr Kampfblatt „Freiheit“ genannt. Der Gag war so gut, dass die GRÜNEN dachten: da kann man auch zweimal drüber lachen – und haben sich direkt nach der Bundestagswahl als liberale Freiheitspartei „redefiniert“. Während sie hinter der Bühne schon feixend an den nächsten Verbotsanträgen und Belehrungen gebastelt haben. Und der Wähler steht davor und hält diesen Käfig voller Narren für fröhlichen Karneval.

Freiheit ist immer Ungleichheit. Und Ungleichheit ist die Grundvoraussetzung für Vielfalt. Unterschiedliche Kulturen, unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Wahrnehmung der Welt. Was der Knoblauch für den Vampir und eine reguläre Steuererklärung für Uli Hoeneß sind individuelle Lebensentwürfe, Träume und Sehnsüchte für jede totalitäre Wahnidee.

Wie hatte es Arthur Schnitzler genannt? „Wenn der Hass feige

wird, geht er maskiert und nennt sich Gerechtigkeit“. Diversity, die verkrüppelte Schwester der Gerechtigkeit, war zu seiner Zeit ja noch ungeboren.

Berlin: Schutz für pädophilen Asylanten



In der Nacht zum Mittwoch wurde die Polizei zu einer Schlägerei im Flüchtlingsheim in Berlin-Fennpfuhl gerufen. Dort waren angeblich mehrere Bewohner auf einen Afghanen losgegangen. Sie beschuldigten ihn zwei Kinder sexuell missbraucht zu haben.

(Von L.S.Gabriel)

Mehrere Dutzend Beamte mit insgesamt neun Einsatzfahrzeugen rückten aus, um auch wirklich gerüstet zu sein. Erfahrungsgemäß drohen derartige Einsätze schon mal zu eskalieren und sind dann auch für erfahrene Beamte gefährlich. Der Verdacht des Missbrauchs erhärte sich aufgrund der Situation, in der die Beamten das achtjährige Mädchen und den sechsjährigen Jungen aus Syrien vorgefunden hätten, hieß es. Der Asylbewerber wurde vorläufig festgenommen.

Die [Berliner Morgenpost](#) berichtet:

Das Landeskriminalamt ermittelt in dem Fall. Am Mittwochnachmittag befand sich der verdächtige Heimbewohner noch in Polizeigewahrsam. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso), das in Berlin für die Unterbringung der Asylbewerber zuständig ist, sieht sich bereits nach einem anderen Heimplatz für den Flüchtling um.

Sollte er in den kommenden Tagen vorerst beziehungsweise endgültig auf freien Fuß gesetzt werden, wird er wohl nicht in das Flüchtlingsheim in Lichtenberg zurückkehren. „Um den Mann vor weiteren Übergriffen anderer Flüchtlinge zu schützen, sind wir auf der Suche nach einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit“, sagte ein Sprecher des Lageso auf Anfrage. „Wir können nicht wahllos jeden Asylbewerber in jedem Heim unterbringen.“ Man müsse auf die Religionen und Nationalitäten der Flüchtlinge in einer Unterkunft Rücksicht nehmen.

Für den kriminellen Asylanten wird also bestens gesorgt werden, damit er sich nicht eventuell durch Ungläubige, wie zum Beispiel Christen aus Syrien oder Kuffar aus europäischen Staaten belästigt fühlt. Und natürlich wird darauf geachtet werden, dass dem „Kinderfreund“ kein Leid geschieht, wo er doch bestimmt, wie all die anderen „Flüchtlinge“, vor der Gewalt im eigenen Land nach Deutschland geflohen ist.

Wichtiger wäre es, die Kinder hier vor ihm zu schützen, aber darüber hat sich das Landesamt für Gesundheit und Soziales offenbar nicht so viele Gedanken gemacht.

Tipi „schürt Ressentiments“ gegen radikalen Islam



Bekanntlich

betreiben die Vertreter der wahren Religion (hier: Arbeitsgruppe Salafisten) an Hessens Schulen intensive Werbung für den Beruf des Dschihadisten, da im syrischen Bürgerkrieg fortlaufend Ersatz für diejenigen Gotteskrieger gefunden werden muss, die sich bereits ins Paradies verabschiedet haben. Seinerzeit fühlte sich die Lehrgewerkschaft in Hessen (GEW) mit dem Problem alleingelassen und forderte eine stärkere Unterstützung (mehr Personal, bessere Fortbildung) durch das Kultusministerium, damit die religiösen und sozialen Konflikte im Unterricht besser behandelt werden könnten.

(Von Verena B., Bonn)

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Ismail Tipi (kleines Bild) warnt schon seit langem vor der Zunahme salafistischer Umtriebe, die nunmehr auch nicht vor den Schulhöfen in Hessen haltmachen. Vieles deutet darauf, dass die salafistischen Headhunter punkten, und zwar auch bei deutschen Schülern. Der Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter (IHS) hat das in Zweifel gezogen. Dem Vorsitzenden des IHS-Kreisverbands Stadt und Landkreis Offenbar, Michael Weis, passt das nicht. Er möchte muslimische Schüler nicht unter

„Generalverdacht“ gestellt sehen. Also beschuldigt er Tipi islam- und systemkonform, Ressentiments zu schüren nach dem Motto: „Meine Meinung steht fest! Bitte verwirren Sie mich nicht mit Tatsachen!“

Schon 2012 verteilten die Salafisten auch in Offenbach den Heiligen Koran, und Tipi hatte über Vorfälle an sechs Grundschulen, neun weiterführenden Schulen, zwei Förderschulen und drei Berufsschulen in Stadt und Kreis berichtet. Allein im Kreis gebe es 28 Schüler, bei denen in jüngster Zeit [radikalsalafistische Tendenzen](#) offensichtlich seien. Das sei aber „nur die Spitze des Eisbergs“ vermutet Tipi, der selbst gläubiger Moslem ist. Zwar sei nicht jede Schule betroffen, das bedeute aber nicht, dass nicht andere Schulen schon von Salafisten besucht würden. Fast täglich bekomme er Anrufe von besorgten Eltern. Auch muslimische Eltern meldeten sich bei ihm, deren Kinder von Fundamentalisten angesprochen worden seien, und Propagandaprediger wie Pierre Vogel hätten weiterhin ungehindert die Möglichkeit, Jugendliche „mit ihren obskuren Gedanken zu vergiften“.

In einem offenen Brief [schreibt der Herr Schulleiter Weis](#) an Herrn Tipi, ihm seien diese Zahlen nicht bekannt gewesen. Auch Nachfragen bei anderen Schulleitern hätten „keine Anzeichen für die von Ihnen dargestellte Entwicklung an Schulen im Landkreis Offenbach“ ergeben. Das Staatliche Schulamt für Stadt und Kreis Offenbach habe ihm „keine radikalsalafistische Aktion an auch nur einer Schule“ nennen können. Daher solle Tipi angeben, woher die von ihm angeführten Zahlen stammten. Ansonsten entstünde der Eindruck, „dass Sie auf einem zurzeit aktuellen Terrain agieren und Ressentiments schüren, die niemand wollen kann“. In ganz Hessen gehören dem IHS rund 1.200 Mitglieder von Schulleitungen aus 24 Kreisverbänden an. Weis, der Direktor der kooperativen Gesamtschule Hermann-Hesse-Schule ist, ließ verlauten, er lehne es ab, „meine muslimischen Schülerinnen und Schüler quasi unter einen Generalverdacht stellen zu lassen, von wem auch immer“.

Tipi weist die Kritik zurück und schreibt auf seiner [Internetseite](#):

Debatte um Salafisten an Schulen

„Ich kann diesen offenen Brief nicht nachvollziehen. Er stimmt mich eher bedenklich, da er zumindest bei mir den Eindruck hinterlässt, dass Teile der Lehrerschaft die Gefahren durch Salafisten immer noch nicht ernst nehmen und versuchen, jegliche Vorkommnisse als unbedeutend oder nicht vorhanden darzustellen. Ich halte diese Einstellung für sehr gefährlich und kann nur davor warnen, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Es sind zum Glück nur Einzelfälle. Insgesamt zeigt sich aber eine zunehmende Tendenz der Radikalisierung bei jungen Menschen durch salafistische Einflüsterungen. Lieber sind wir jetzt strenger und schauen genauer hin, als wenn wir später das Problem nicht mehr unter Kontrolle bekommen“, erklärte der hessische Landtagsabgeordnete und integrationspolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion Ismail Tipi in einem persönlichen Statement zum offenen Brief des Stadt- und Kreisvorsitzenden des Interessensverbandes Hessischer Schulleiter.

Nach Ansicht von Tipi wird jeder, der nicht offen über das Thema diskutieren oder es tabuisieren wolle, zum „stillschweigenden Unterstützer“ für die Salafisten. Herr Weis will nicht mit Salafisten diskutieren, denn er wünscht sich ein „gutes Miteinander“ und das geht nur ohne Diskussion, und das weiß Herr Weis, denn er ist ein kluger Mann!



PI wirkt: Rottenburger CDU in Erklärungsnot



Die Rottenburger CDU

plante ursprünglich einen Moschee-Besuch, ausgerechnet auf Karfreitag. Dieser wurde aber wegen Kritik aus den eigenen Reihen zunächst vertagt ([PI berichtete](#)). Wir hatten die kulturellen Verfallserscheinungen hinter dem Ansinnen des Moscheebesuchs offengelegt, und wie immer, wenn Presse und Politik zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung unfähig sind, wird das Gegenüber – in diesem Falle PI – entweder pathologisiert, kriminalisiert oder inhaltlich falsch wiedergegeben, in der Hoffnung, dass dies schon niemand nachprüfen wird.

Das [Schwäbische Tagblatt](#) schreibt:

Auf die Leser der rechtslastigen Internet-Plattform „Politically Incorrect“ ist Verlass: Am Gründonnerstag um 16.48 Uhr stellten die „PI-News“ einen TAGBLATT-Artikel – ohne Erlaubnis des TAGBLATT-Verlags – über die Rottenburger

CDU ins Netz – und gerade mal sechs Minuten später erschien der erste Kommentar von PI-Leser „Auge.um.Auge“: „Man weiß ja bald nicht mehr, in welchem Land man lebt.“

Bis zum Abend folgten fast 70 weitere Kommentare. Die meisten mit persönlichen Beschimpfungen – und manche gar mit Gewaltfantasien – gegen den jungen Rottenburger CDU-Stadtrat Ferdinand Truffner im Besonderen und gegen Muslime und Einwanderer im Allgemeinen. Die Einzelheiten wollen wir unseren Lesern ersparen.

Wer die Kommentare liest, sucht die herbeigedichteten „Gewaltfantasien“ vergeblich. Hier ist wohl eher der Wunsch der Vater des Gedankens, weil PI in keine der üblichen Schubladen passt, und weil eine inhaltliche Auseinandersetzung für das „Schwäbische Tagblatt“ offenbar zu anspruchsvoll und daher obsolet ist. Wer Moslemkriecherei kritisiert, muss einfach gewalttätig sein, so der Kurzschluss. Schade auch, dass den Lesern dieser Zeitung die Einzelheiten der Kommentare vorenthalten werden, denn da könnten sie noch richtig was dazulernen.

Es ging um den geplanten Wahlkampf-Besuch der Rottenburger Christdemokraten in der hiesigen Moschee. Truffner und sein Parteifreund Ümit Arslan hatten den Besuch zunächst für Karfreitag terminiert, nach innerparteilicher Kritik aber auf den 9. Mai verschoben.

Immerhin ist bei der CDU Hopfen und Malz noch nicht restlos verloren, denn es gab ja auch kritische Stimmen, die die Terminwahl für unglücklich hielten.

Für die „PI-News“ ist der angekündigte Besuch ein Zeichen dafür, „dass das C im Namen der CDU nicht mehr für ‚christlich‘ steht, sondern wohl zutreffender den islamischen Halbmond darstellt“. Der anonyme PI-Autor bezeichnete die Rottenburger Christdemokraten als „Taufschein-Christen“, die

sich bei „muslimischen Herrenmenschen“ anbieten wollen – und verknüpfte das Ganze mit Ferdinand Truffners persönlicher E-Mail-Adresse.

Und dann ging's los. 28 Nachrichten landeten in Truffners Mailbox – die meisten ähnlich unflätig. „Das waren keine Rottenburger. Ich kenne niemanden davon“, sagte der 24-Jährige auf Nachfrage über die Absender. „Ich habe auch nicht darauf geantwortet.“

Natürlich, das www ist nun mal weltweit erreichbar, PI weltweit lesbar. Das Problem ist ja auch kein explizit rottenburgisches, sondern ein Problem der wertehaften Orientierungslosigkeit der Christdemokraten, und das auf breiter Ebene.

Der vermeintliche „Milchbubi“ reagierte geradezu staatsmännisch. Der kleine Mail-Shitstorm sei „nicht schlimm“, sagte der junge CDU-Kandidat. Er habe in den vergangenen Tagen „viel Lebenserfahrung“ gewonnen.

Da wünschen wir Herrn Truffner (Foto) doch ganz herzlich, dass er nicht nur Lebenserfahrung gewonnen hat, sondern vor allem inhaltliche Erkenntnis, denn es wäre doch eine Schande für unser schönes Land, wenn es in Zukunft immer weiter von noch mehr unwissenden Politikern gelenkt würde, die uns dem Verderben des Islams ausliefern.

Karl Schneiderhan, der CDU-Senior im Rottenburger Gemeinderat, nahm seinen Fraktionskollegen in Schutz: „Die Jungen dürfen auch mal einen Vorstoß machen.“ Truffner habe „schon viele gute Ideen gehabt“, „ lobte Schneiderhan am Telefon. Auch der Moschee-Besuch gehöre dazu – abgesehen vom zunächst geplanten Termin. „Jetzt ist es halt mal daneben gegangen. Darüber kann man reden.“

Da ist nichts daneben gegangen, Herr Schneiderhan (kl. Foto

re.), im Gegenteil, Herr Truffner hat mit seinem Ansinnen offen gezeigt, wes Geistes Kind er im Bezug auf die christlichen Wurzeln Europas und die Integrationsschuld der Muslime ist. Aber da Sie in die gleiche Kerbe schlagen, dürfte wohl demnächst auch in Rottenburg das C der [CDU mit einem Halbmond samt Stern](#) gekrönt sein.

Schon am Gründonnerstag hatte der Rottenburger CDU-Stadtverband den TAGBLATT-Artikel auf seiner Facebook-Seite gepostet – ebenso wie Truffner selbst. Verbunden mit einer Entschuldigung: „Dass das Thema so Zunder hat, war uns leider nicht bewusst.“

Aus Rottenburg selbst erhielt Truffner nach eigenem Bekunden am Wochenende keine weiteren negativen Kommentare. Mit einer Ausnahme. Nicht per Internet, sondern ganz altmodisch: Spät in der Nacht klingelte sein Telefon in Bieringen. Ein Ortsgespräch. Der 24-Jährige nahm auch diese Beschimpfung gelassen: „Wahrscheinlich ein Betrunkener.“

Genau, jede Kritik wird pathologisiert, um sich damit nicht mehr auseinandersetzen zu müssen, ganz so wie bei Adolf dem Letzten.



taz-Leser bezahlen gerne für Hämie



Wie man aktuell auf dem [taz-Blog lesen](#) kann, nutzen die Leser der linksextremen Online-Zeitung die Bezahlungsfunktion für einzelne Artikel besonders häufig für jene Artikel, die „Lieblingsfeinde“ der extremen Linken ins Visier nehmen, etwa die AfD oder den „deutschen Volksmob“. Die Statistik über die Bezahlungsfunktion offenbart außerdem, dass schon seit einigen Jahren scheinbar kontinuierlich immer weniger Menschen bereit sind, die Radikalität der taz zu unterstützen.

(Von Sebastian Nobile)

So schreibt Sebastian Heiser im hauseigenen taz-blog zu den Zahlen:

Damit bestätigt sich erneut: Unsere Leser honorieren nicht die Artikel am stärksten, bei denen der Rechercheaufwand am größten ist, wir besonders ausführlich über Hintergründe berichten oder über Themen aus Regionen berichten, über die sonst niemand berichtet. Unsere Leser klicken auf den Flattr-Button, wenn es im Artikel gegen die Lieblingsfeinde unserer Leser geht. Und je deftiger wir austeilen, desto klicker. Das erkennt man in seiner reinsten Klarheit bei Platz 1, wo es

unsere Leser offenbar sehr freut, dass es mal einer den Urheberrechts-Verantwortlichen bei der SPD so richtig zeigt. Aber auch Artikel gegen den deutschen Volksmob, gegen die AfD und natürlich gegen Uli Hoeneß kommen gut an. Auf taz.de ist Flattr kein Button, mit dem unsere Leser den besten Journalismus unterstützen, sondern es ist ein Button für Häme und Schadenfreude.

In einer Analyse über die taz-Flattr-Zahlen schreibt „[Meedia](#)„: „Bittere Flattr-Bilanz der taz: Häme bringt die meiste Kohle“

Und so belegen diese Zahlen einen der grundlegenden geistigen Mängel der linken deutschen Medienlandschaft: Die Lust an der substanzlosen Agitation gegen alles, was deutsch, konservativ oder wie auch immer rechts ist oder so von beliebigen linksextremen Gruppen eingeordnet wird. Was man dann als Ergebnis auf der Straße sieht, wenn Antifa und Konsorten wieder einmal AfD-Plakate zerstören, den politischen Feind körperlich angreifen oder seine Existenz vernichten wollen, indem sie sein Auto abfackeln oder ihn „outen“, findet seinen Anfang auch bei Artikeln der „taz“, die die Initialzündung liefern für den „Kampf gegen Rechts.“

Buxtehude: Zigeuner müssen Asylanten weichen

Im bereicherten Deutschland wird die Lage allmählich so kurios, dass die Realität jede erdachte Satire übertrifft. Da [klagen Migranten wegen zu vieler Migranten](#) an Schulen, Chefs politischer Parteien ereifern sich darüber, wer den besseren [Partei-Türken](#) hat und nun wehren sich Zigeuner gegen Asylanten: So etwas nennt man wohl Dilemma.

Die Stadt Buxtehude ist verpflichtet, eine gewisse Anzahl Asylbewerber aufzunehmen. So möchte sie 24 Asylanten in stadteigenen Häusern unterbringen, die bislang teilweise von Zigeunern bewohnt werden. Diese sind aber ganz und gar nicht damit einverstanden und sammeln nun Unterschriften gegen das Vorhaben der Stadt.

Die [Kreiszeitung-Wochenblatt](#) berichtet:

Das Reihenhaus von Gerhard Weiß am Melkerstieg ist top in Schuss. So wie diese Wohnung wollen er und andere Mitglieder seiner Familie auch vier andere Reihenhäuser sanieren. „Auf eigene Kosten“, sagt er. Daraus wird nichts werden, wenn die Stadt ihre Pläne umsetzt: Die derzeit vier leerstehenden Häuser sollen renoviert und für Asylbewerber bereit gestellt werden. Die Haushaltsmittel von rund 470.000 Euro hat der Rat dafür freigegeben. „Kampflos geben wir nicht auf“, sagt Gerhard Weiß.

Die Familien Weiß und Ernst, die dort einziehen wollen, sind Sinti. Zwei der insgesamt sechs Häuser bewohnen sie seit Anfang der 80er Jahre. Die übrigen vier waren auch ihr Zuhause. „Dort sind wir aufgewachsen“, sagt Roberto Ernst. Die Stadt hat diese Reihensihananlage für Sinti gebaut. (...)

Dass er mit vielen Familienmitgliedern auf einem Fleck leben will, ist für Gerhard Weiß keine Frage. Außenstehenden mag das wie eine Form der Ghattobildung erscheinen – für die Sinti, betont Weiß, ist das aber ein entscheidender Teil ihrer kulturellen Identität. „Früher sind wir auch zusammen gereist und nicht alleine.“ (...)

Jetzt wird es schwierig für die Stadt, denn Zigeunerkultur ist natürlich sakrosankt, aber die Asylbewerber aus aller Herren Länder sind es ebenfalls.

Ob damit das letzte Wort gesprochen ist, bleibt derzeit noch offen. Gerhard Weiß hat den Niedersächsischen Verband

Deutscher Sinti eingeschaltet. Und Melanie Weiß sammelt Unterschriften. Nicht gegen Asylbewerber, sondern für den Wiedereinzug ihrer Familie am Melkerstieg. Was sie dabei in der Nachbarschaft erlebt, ist das Gegenteil dessen, was Anfang der 80er Jahre geschah: damals gab es Einsprüche bei der Bezirksregierung von Anwohnern gegen das städtische Bauprojekt. „Heute sagen viele, wir wollen unsere Zigeuner wiederhaben“, berichtet Melanie Weiß. Das politisch wenig korrekte Wort „Zigeuner“ betrachtet sie dabei als Kompliment von Menschen, die ihre Nachbarn schätzen. „Das ist nett gemeint“, sagt Melanie Weiß.

Wenn Deutsche aus unterschiedlichen und nachvollziehbaren Gründen Unterschriften gegen Asylbewerberheime sammeln, werden sie als Nazis beschimpft. Wie beschimpft man aber nun die Zigeuner?

SPIEGEL, STERN und ZEIT sinken weiter

Im ersten Quartal 2014 sanken die Auflagen von fast allen Zeitungen und Zeitschriften weiter. So melden der SPIEGEL und die ZEIT jeweils einen Rückgang von 0,8 Prozent, der STERN von 10,7 Prozent. [Aber das ist](#) nur die halbe Wahrheit, denn Auflage allein sagt nichts. Die Blätter können ja auch verschenkt worden sein (Bordexemplare etc.), was keinen Cent in die Kasse spült. Es zählt allein der Einzelverkauf am Kiosk plus das Abo, was man allgemein die harte Auflage nennt. Und da sieht es nochmals ganz anders aus!

Danach verlor der SPIEGEL mit 672.753 echt verkauften Exemplaren 4,2 Prozent, der Stern mit 414.583 Exemplaren 22,3

Prozent und die ZEIT mit 436.530 Blättern 2,5 Prozent. Die Süddeutsche hat mit 348.918 Zeitungen ein Minus von -1,4 %, die FAZ mit 250.543 ein Minus von -5,0 %. Wir gönnen es den linken Mainstream-Medien aus vollem Herzen. Der Schreiber dieser Zeilen war in seiner Jugend ein großer Pressefan und eifriger Zeitungsleser mit mehreren Abos. Die sind schon längst gekündigt. Warum soll man den immer gleichen politikkorrekten linken Einheitsbrei lesen? Michael Klonovsky hat in anderem Zusammenhang [ein paar Fragen gesammelt](#), die niemand der Mutti stellen würde:

Es würde also wahrscheinlich niemand Frau Merkel höflich um Auskunft bitten, ob die Deutschenfeindlichkeit und Gewaltdelinquenz zahlreicher jugendlicher Zugewanderter aus einer speziellen Weltkulturgegend ebenfalls, wie der NSU, eine „Schande für Deutschland“ seien, ob das Abdriften ganzer sozialfinanzierter Stadtteile ins Asoziale, nicht nur in Duisburg oder Dortmund, sondern sogar in der alten und neuen Hauptstadt der DDR, noch zum Konzept der „bunten“ Republik zähle oder bereits als Sezession zu betrachten sei, weshalb dort auch im Falle schwerster Gesetzesbrüche das „Doch seht, die brave Polizei/Eilt wie gewöhnlich schnell herbei!“ (Wilhelm Busch) nicht mehr gelte.

Wohl niemand würde Auskunft begehren, wieviele Schwarzafrikaner Europa bzw. wenigstens Deutschland ungefähr „brauche“ – und vor allem wofür –, und was mit den Überzähligen geschehen solle, die dort dermaßen schnell nachgezeugt werden, dass man in Europa mit den raumschaffenden Abtreibungen kaum hinterherkommt; warum ferner die grünen Bestmenschchen oder die spitzbübischen Weltbeglucker von Pro Asyl nicht wenigstens ein paar hundert Flüchtlinge bei sich daheim oder in ihren Büros aufnehmen, wieviele Millionen kommen wollen sollen oder gekommen sein werden müssen, bis man Schiffe wieder nach Afrika zurückschickt, wieviele Windräder es pro Afrikaner zusätzlich braucht und ab wann man öffentliche Plätze einfach komplett überdacht, damit die Neuankömmlinge nicht nass werden,

während sie für ihr Bleiberecht streiten und der dafür notwendige Wohnraum requiriert wird. Zum Beispiel. Oder warum Italiener und Griechen ein größeres Pro-Kopf-Privatvermögen haben als Deutsche, wiewohl diese Länder gleichwohl so fröhlich alimentieren dürfen wie u. a. auch die wahrscheinlich nur wenigen Nicht-Ärzte und Nicht-Ingenieure aus Rumänien. Oder wieviele „Transphobe“ es hierzulande nach Zählungen des Verfassungsschutzes oder der NSA (Pro Asyl?) gibt, dass man ihre dringend gebotene Bekämpfung in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat.

Fragen nach den außenpolitischen deutschen Interessen verböten sich ohnehin aufgrund der erwartbar EU-kompadebilen Antworten.

Diese Fragen und noch ein paar dazu stellt die Presse nie und behandelt sie auch nicht ehrlich. Warum für primitive Lügen und Regierungspropaganda Geld ausgeben. Viele Zahlen zur harten Auflage [gibt es hier](#) in den weiteren Links unten!



Ruinöse Sozialromantik der GroKo



Dass der Mensch immer logisch denkt, wird wohl kaum jemand ernsthaft behaupten. Fatal wird die Unlogik aber dann, wenn sie in einem gigantischen Realexperiment die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Landes aufs Spiel setzt. Einerseits wird der demografische Wandel beklagt, da immer weniger Bürger im arbeitsfähigen Alter die Rentenkassen füllen, andererseits will man das Renteneintrittsalter herunterschrauben.

Die Erkenntnis, dass diese Rechnung nicht aufgehen kann, bedarf keiner höheren Mathematik. Man kann nicht gleichzeitig das Renteneintrittsalter senken in dem Wissen, dass die Menschen, statistisch gesehen, immer älter werden. Aber unsere GroKo kann das im vorausseilenden Gehorsam den Wählern gegenüber, denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

Der [FOCUS](#) schreibt:

Wieder einmal glauben unsere Politiker, sie wüssten besser, was für uns gut ist, als wir selbst. Das Resultat: Sie kippen ein Füllhorn unerbetener Wohltaten über uns aus – wie etwa die folgenschwere „Rente mit 63“ und den gleichmacherischen „Mindestlohn“.

- Die neue Frührente ist das exakte Gegenteil des Notwendigen: Eine kluge Regierung würde jetzt Anreize setzen, damit wir Deutschen länger arbeiten. Denn unsere Lebenserwartung steigt. Wir sollten uns also darauf einstellen, auch mit 67 oder 70 Jahren noch einen Beruf*

auszuüben. [..]

- Gleiches gilt für den „Mindestlohn“. Auch hier ist „gut gemeint“ das Gegenteil von „gut“. Tausende von Kleinbetrieben in ökonomisch schwachen Regionen können es sich nicht leisten, für einfachste Tätigkeiten 8,50 Euro pro Stunde zu bezahlen. Die traurige Folge: Zehntausende von Menschen werden ihren Job verlieren (vor allem die Ungelernten), viele andere werden erst gar keinen finden. Sie alle brauchen dann Geld vom Staat – genauer: von Steuerzahlern und Berufstätigen.

Deutschland ist nur ein Scheinriese

[..] Die schwarz-roten Umverteiler handeln in dem Glauben, unser Land könne sich all diese neuen Wohltaten und alten Fehler leisten. Kann es aber nicht. Deutschland ist nur ein Scheinriese – stark in Europa, aber immer schwächer gegenüber den neuen Wirtschaftsnationen.

Eine langfristig denkende Regierung würde deshalb auch hier völlig andere Anreize setzen: Sie würde endlich wieder das Leistungsprinzip ausrufen, indem sie die Mehrleister fördert – oder sie wenigstens nicht bestraft. Eine solche Regierung würde ihren Bürgern endlich jenes Geld zurück geben, das ihnen seit Jahren zusteht.

Heißes Verlangen nach der kalten Progression

Doch das Gegenteil geschieht. Statt die Steuern zu senken, werden sie heimlich erhöht. Seit Jahren rutschen Millionen von Menschen in höhere Steuersätze – das Gehalt steigt zwar nominal, aber man spürt wegen der Geldentwertung kaum etwas davon. Nur der Fiskus kassiert die Steuerzahler so ab, als würden sie real mehr verdienen („kalte Progression“). [..]

Doch kommt uns das alles nicht bekannt vor? Höhere Sozialausgaben, steigende Steuern, weniger Reformen, sinkende Wettbewerbsfähigkeit? Und ob. All das hatten wir schon

einmal. Die „Welt“ warnt: „Die Regierungen in Bund und Ländern stellen die Uhren um rund zehn Jahre zurück.“

Ein gefährliches Spiel. Denn um 2004 herum stagnierte die deutsche Wirtschaft, das Land musste sich extrem hoch neu verschulden – und die Regierung Schröder brach den Euro-Stabilitätspakt („Maastricht-Kriterien“). Kurz: Deutschland war der „kranke Mann Europas“. Wenn wir heute so weiter machen, werden wir es erneut.

Einen Vorteil hätte das aber: Wir wären dann nicht mehr das Sozialamt der ganzen Welt. Im Augenblick bleibt die Frage: Wenn wir dann alle gerettet haben, wer rettet am Ende uns?

Islam: Brunei führt Steinigung ein



Das reiche islamische Sultanat Brunei führt die Scharia als Strafrecht ein. Das heißt: Wer Alkohol trinkt, wird ausgepeitscht. Homosexualität, Ehebruch, Diebstahl und Vergewaltigung werden mit Steinigung geahndet. Wer sich gegen den Islam stellt oder

den Propheten Mohammed beleidigt, dem droht ebenfalls die Todesstrafe. Nicht-islamische Publikationen werden verboten. Wird der Islam in Deutschland deshalb so herzlich geliebt? Der Sultan von Brunei, Hassanal Bolkiah (kleines Bild), [gehört zu den reichsten](#) Männern der Welt.

„Computa“, „Studierx“, „m@n“ Gender-Wahnsinn!

☒ Wenn heute der 1. April wäre, könnte man die neueste geistige Diarrhoe der Berliner Humboldt-Universität gelassen belächeln, aber leider ist dem nicht so. Man versucht dort, die deutsche Sprache gewaltsam durchzugendern. Alle männlichen Begriffe werden „fraisiert“ und bis zur Unkenntlichkeit entstellt, der Schwachsinn kennt keine Grenzen.

Der [FOCUS](#) schreibt:

An der Berliner Humboldt-Universität hat eine Arbeitsgruppe für „Feministisch Sprachhandeln“ eine Broschüre mit „antidiskriminierenden“ Sprachempfehlungen herausgegeben.

In der Broschüre werden unterschiedliche Praktiken „antidiskriminierender“ Sprache vorgestellt: Da ist die „a-Form“, die aus dem „Drucker“ („er!) den Frauen nicht mehr diskriminierenden „Drucka“ macht. Beispielsatz aus der Broschüre: „Unsa Lautsprecha ist permanent auf Demos unterwegs. Ea erfreut sich hoher Beliebtheit.“

„Umfassende Frausierung“ gegen Diskriminierung

Wem „Türoffna“ und „Computa“ noch nicht antidiskriminierend genug sind, dem steht eine weitere Variante offen: „Eine

weitere Möglichkeit ist, als Irritation das Zeichen ‚@‘ an Substantive anzuhängen bzw. in Worte einzufügen.“ Beispiel: Aus „human“ wird „hum@an“

Auch eine Möglichkeit der sprachlichen Irritation der „implizit männlichen Norm“: Die „umfassende Frauisierung“ bzw. das „generische Femininum“: „Alle Professorinnen der Universität Leipzig freuen sich, dass sie endlich in ihren Texten ausschließlich weibliche Formen benutzen können.“

„Dix Studierx hat in xs Vortrag...“

Statt für alle Gemeinten männliche Begriffe zu verwenden („Liebe Studenten“), verwendet man für alle weibliche. „Man“ ist übrigens auch problematisch, darauf weist die Broschüre explizit hin: Die meisten würden damit „Mann“ assoziieren. Also: Entweder kreativ umformulieren – oder auf die @-Form ausweichen: „m@n“.

Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, Berufsgruppen „antidiskriminierend“ zu benennen: Zum Beispiel über die X- und die Sternchen-Form. Die „diskriminierenden“ Endungen werden durch diese Zeichen ersetzt: „Dix Studierx hat in xs Vortrag darauf aufmerksam gemacht, dass es unglaublich ist, wie die Universität strukturiert ist, dass es nur so wenige Schwarze/PoC Professxs gibt.“ [PoC: „Persons of Colour“, farbige Menschen]

Die Arbeitsgemeinschaft sieht ihre Broschüre bisher nur als „Angebot an alle Mitglieder der HU“, antidiskriminierende Sprache im Uni-Alltag umzusetzen. Einem Bericht der „Bild“-Zeitung zufolge hat die Uni-Leitung bisher davon abgesehen, das Angebot in amtliche Vorschriften umzusetzen.

Nun wissen wir also, womit unsere Steuergelder an den Unis verbraten werden: Mit der gewaltsamen Abschaffung unserer Kultur und der Finanzierung irgendwelcher Lehrstühle, die kein vernünftiger Mensch braucht.



Antifa zu AfD-Wahlhelfer: „Ich schlag Dich tot“

Es ist längst nicht der erste und wird nicht der letzte Angriff der Gesinnungsterroristen von der sogenannten Antifa auf die AfD sein. Dieses Mal war kein Messer im Spiel, wie im August 2013 bei einem [Angriff auf Parteichef Lucke](#). Dafür benutzten die beiden feigen Antifa-Attentäter Schlagringe, um zwei Wolfsburger Wahlhelfer zu verletzen. Offenbar gar mit Tötungsvorsatz, denn einer sagte [„Ich schlag Dich tot“](#) und der zweite „Jetzt bringe ich Dich um!“.

Nicht gerechnet haben die beiden feigen Kerle bei ihrem Angriff am vergangenen Wochenende mit den Kampfkünsten eines der Wahlhelfer (Vater und Sohn – 63 und 38 Jahre alt), die den Angriff nicht nur abwehren konnten, sondern die beiden Antifanten auch der Polizei übergaben. [Hier](#) kann man einen detaillierten Bericht zu dem Vorfall lesen.

Unlängst [warnte der Verfassungsschutz](#) vor der Mobilmachung der Antifa, die in diesem Land längst wie wildgewordene Hunde überall räubern können, wo es ihnen gefällt. Der Unterstützung durch Unterlassung seitens eines auf dem linken Auge blinden Staates können sie sich bei ihren „Aktionen“ sicher sein. Die Frage ist, warum man es bei den teils lebensbedrohlichen Angriffen auf Rechte und vermeintliche Rechte darauf ankommen lassen muss, bis aus den verbalen Drohungen ein tatsächlicher

Mord wird.



Staatliche Lizenz zur Grausamkeit - damals und heute

Denis Cuspert nun doch tot?

Gegenseitige Selbstmordanschläge scheinen ein beliebtes Mittel unter den radikalen muslimischen Gruppen im syrischen Krieg zu sein. Einem solchen Anschlag in Syrien soll nun der Deutschmarokkaner Denis Cuspert, der erst vor kurzem noch Christenköpfe in Afrika abschneiden wollte ([PI berichtete](#)) endgültig zum Opfer gefallen sein, wie die sog. Rebellen verlautbarten. Er wurde letztes Jahr bereits einmal für tot erklärt. Dieses Mal soll die Al-Nusra-Front in einem Selbstmordattentat gegen ISIL-Kämpfer unter anderem Cuspert erwischt haben. Der ganze Bericht [hier auf RP-Online](#).